

BALKAN

Separatismus als Wahlhelfer

Territoriale Teilungs-
szenarien haben auf dem
Balkan Hochkonjunktur
wie schon lange
nicht mehr.
Daran ist auch, aber
nicht nur, der diesjährige
Wahlmarathon in der
Region schuld.



Freuen sich am Ende die Separatisten? Diesen Herbst wird in Mazedonien, Serbien, Bosnien und im Kosovo gewählt.

Der Ort der Provokation war wohl gewählt. Ausgerechnet das kleine Mali Zvornik, gelegen am serbischen Ufer des bosnisch-jugoslawischen Grenzflusses Drina, suchte sich Vojislav Kostunica für seinen bislang brisantesten Wahlkampfauftritt aus.

Die Wahl für das idyllische Grenzstädtchen traf der Nachfolger Slobodan Milose-

vics wohl überlegt: Vor zehn Jahren hatten die "Tiger"-Einheiten "Zeljko Arkan" Raznato-vics auf der anderen Seite der Drina - in den Städten Zvornik, Bratunac und Bijeljina - damit begonnen, die muslimische Bevölkerung Ostbosniens systematisch zu ermorden und aus ihren Häusern zu jagen. Die von Banja Luka bis Belgrad bis heute als Befrei-

ung gefeierten und seither euphemistisch als "ethnische Vertreibungen" bezeichneten Aktionen serbischer Paramilitärs läuteten 1992 den Anfang vom Ende des Einheitsstaates Bosnien ein. Mit dem Friedensvertrag von Dayton wurde die Teilung des Landes in die muslimisch-kroatische Föderation und die serbisch dominierte Republika Srpska

Ende 1995 völkerrechtlich zementiert.

Für Kostunica jedoch war das kein Grund, die in Dayton ebenfalls vereinbarte staatliche Souveränität Bosniens sieben Jahre später nicht erneut infrage zu stellen. "Niemals", tönte der jugoslawische Präsident am zweiten September-Weekend mit bebender Stimme, "niemals"

werde Belgrad den serbischen Teil Bosniens aufgeben. Im Gegenteil: Zehn Jahre nach Beginn des Bosnien-Krieges versicherte er seinen Anhängern unverblümt, dass der serbisch-bosnische Teilstaat "nur vorübergehend von uns getrennt ist". "Die Republika Srpska wird immer unser sein und immer in unseren Herzen".

Die separatistische Volte Kostunicas ist Teil einer Strategie: Der Anwärtler auf den serbischen Präsidentenposten will seinen Konkurrenten vor der Wahl am Sonntag keinen Raum lassen im Wettstreit um die patriotistischen Parolen. Bei der Eröffnung der Uno-Vollversammlung Mitte September in New York beteuerte er zwar, nach seinem Auftritt in Mali Zvornik falsch zitiert worden zu sein. Dann legte er aber gleich noch nach. "Wenn der Dayton-Vertrag auf der Grundlage von multiethnischen, multireligiösen und multikulturellen Prinzipien verfasst wurde, dann können auch die Resultate ethnischer Säuberungen im Kosovo nicht akzeptiert und ein Nationalstaat geschaffen werden. Sollte das doch geschehen, würde die ganze Region die Konsequenzen zu spüren bekommen."

Wahlmarathon hat begonnen

Ein neuer Flächenbrand auf dem Balkan? Die mühselige Annäherung der bosnischen und kroatischen Regierungen an das Post-Milosevic-Regime, die im Juli zum ersten Treffen der Präsidenten der drei Staaten seit 1995 geführt hatte, vergebens? Auch die Reaktionen bosnischer Politiker auf die Brandrede Kostunicas ließen Schlimmstes be-

die Teilung des Kosovo gefordert. Würde eine solche Lösung die Sicherheitslage nicht verbessern?

Eine Kantonisierung ebenso wie jede andere Art territorialer Teilung wäre Gift für den Kosovo. Das weiß man auch in Belgrad. Daher wird es weder im Kosovo zur Neuziehung von Grenzen kommen, noch um den Kosovo herum.

Die Anschläge auf Häuser serbischer Rückkehrer reißen nicht ab. Wie wollen Sie langfristig für deren Sicherheit garantieren?

Es finden sich natürlich immer wieder Extremisten, denen der Kurs der internationalen Gemeinschaft nicht passt und die versuchen, hier zu zündeln. Leider weiß man nie genau, welche Kraft dahinter steckt, weil sich die Extremisten beider Seiten bekanntlich die Hände reichen. Ich glaube aber, dass diese Phänome letztlich zeigen, dass wir mit unserer Unterstützung der Rückkehr auf dem richtigen Weg sind. Da wehren sich die Extremisten verzweifelt gegen einen Zug, der hier im Kosovo längst abgefahren ist.

Viele Vertreter der serbischen Minderheit sind entsetzt darüber, dass die Kfor ausgerechnet jetzt ihre Prä-

INTERVIEW

Es muss jetzt schneller gehen

Wie geht es weiter mit
den Vereinten Nationen
auf dem Balkan?
Ein Gespräch mit
Michael Steiner, dem
Chef der "United Nations
Interim Administration
Mission in Kosovo"
(Unmik).

Angesichts des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus argumentieren vor allem die USA, dass eine dauerhafte Präsenz auf dem Balkan nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Bedeutet die anstehende Reduzierung der Kfor-Truppen den Anfang vom Ende des Kosovo-Einsatzes?

Nein, denn schließlich muss die internationale Gemeinschaft das, was sie im Kosovo begonnen hat, auch zu Ende führen. Der 11. September letzten Jahres hat da allerdings insofern eine neue Lage gebracht, als man sich in den westlichen Hauptstädten von der Vorstellung verabschieden musste, hier für Generationen zu bleiben. Deshalb müssen die Vertreter der internationalen Gemeinschaft ebenso wie die Kosovaren selbst jetzt schneller zu Ergebnissen kommen.

Die Kosovaren wollen das, sehen sich in ihrem Streben nach Unabhängigkeit aber vom Westen gebremst.

Meine Auffassung ist, dass es nicht so sehr darum geht, etwas auf dem Papier zu erzielen, sondern in der Realität Änderungen zu erreichen. Das heißt, wir müssen eine Gesellschaft, die nach Ende des Krieges 1999 bei null angefangen hat, dazu bringen, dass sie die in Resolution 1244 vorgezeichnete weitgehende Autonomie auch ausfüllen kann. Um das zu erreichen, braucht sie funktionierende rechtsstaatliche Institutionen, braucht sie innere Sicherheit sowie die notwendigen ökonomischen Voraussetzungen.

Wäre eine Konföderation aus Serbien, Montenegro und dem Kosovo eine mögliche Lösung zur Klärung der offenen Statusfrage?

Wie gesagt: Die Entscheidung über die Zukunft des Kosovo trifft der Uno-Sicherheitsrat. Das entscheidende Kriterium dabei wird sein, ob die Gesellschaft im Kosovo eines Tages wirtschaftlich so weit ist, dass sie sich sehen lassen kann in Europa. Sollte das der Fall sein, wird auch

die Statusfrage einfach zu lösen sein. Wenn es allerdings nicht zu wirtschaftlichem Aufschwung und rechtsstaatlicher Sicherheit kommt, wenn der Schutz der Minderheiten nicht garantiert werden kann, dann wird das für die gesamte Region Probleme bringen. Der Kosovo ist ja keine Insel im Ozean, sondern hängt in großem Maße davon ab, ob er in der Lage ist, in einer stabilisierenden Weise mit seinen Nachbarn zu agieren.

Das spricht doch ebenfalls für die Einrichtung eines südosteuropäischen Wirtschaftsbundes nach dem Vorbild der Europäischen Union.

Ich denke eher, dass die Region als Ganzes vorangebracht werden muss. Denn natürlich kann der Kosovo weder im Energie-, noch im Verkehrs- oder in einem anderen Sektor als Insel im wirtschaftlichen Bereich prosperieren. Das heißt, es muss sich öffnen nach außen, nach Albanien, nach Serbien, nach Montenegro,

nach Mazedonien, überhaupt keine Frage. Das muss also mit Sicherheit geschehen, und deshalb sind wir natürlich auch daran interessiert, dass die Entwicklungen in der unmittelbaren Nachbarschaft des Kosovo nicht eskalieren.

In Bosnien ist Ihr Kollege Paddy Ashdown seit dem Frühjahr direkt der EU unterstellt. Wäre eine derartige direkte Anbindung an die EU auch für den Kosovo denkbar?

"Jede Art territorialer
Teilung wäre Gift für
den Kosovo."

Es gibt einen entscheidenden Unterschied zu Bosnien: Der endgültige Status des Kosovo ist noch offen. Dies kann letztlich nur der Sicherheitsrat der UN entscheiden. Erst wenn das geschehen ist, könnte die EU übernehmen.

In Anbetracht anhaltender Übergriffe albanischer Extremisten auf Mitglieder der serbischen Minderheit haben Politiker in Belgrad

Wahlen auf dem Balkan

Zwei Jahre nach dem Sturz Slobodan Milosevics sind die Länder des früheren Jugoslawien weit entfernt von jener Stabilität, die sich Vertreter von Europäischer Union und Nato im Oktober 2000 erhofften. Das dürfte sich nicht zuletzt in Serbien selbst bemerkbar machen, wo am Sonntag ein neuer Präsident gewählt wird - nach einem Wahlkampf voll nationalistischer Töne. Aber auch in Bosnien und im Kosovo sorgen rechte Kräfte weiter für Unruhe: Mit Stimmenzuwächsen bosnisch-serbischer Extremisten wird bei den beiden Wahlen im Oktober deshalb ebenso gerechnet wie mit einer Bekräftigung der kosovo-albanischen Unabhängigkeitsbestrebungen.

fürchten. "Wir werden alle Maßnahmen ergreifen, um die Integrität und Souveränität Bosniens zu verteidigen", polterte der Kriegspremier des Landes und Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im Oktober, Haris Siljadic. Eine Reihe bosnischer Parlamentarier forderte gar, die Beziehungen zu Jugoslawien einzufrieren, sollte Kostunica sich nicht umgehend für seine Äußerungen entschuldigen.

Die Aufregung in Bosnien ist verständlich, gehört doch Kostunicas indirekte Kriegsdrohung für den ohnehin unwahrscheinlichen Fall der Unabhängigkeit des Kosovo zum gängigen Wahlkampfrepertoire in Serbien - ebenso wie die vor Jahren schon von Milosevic vorgebrachte Forderung nach Anschluss der Republika Srpka an Serbien. "Nur die Einheit rettet Serbien", für diese mythische Formel stehen die vier kyrillischen S im serbischen Nationalwappen. Wohl einer der Gründe dafür, warum nur die ständige Wiederholung der historischen Ansprüche Belgrads auf die vermeintlich heilige serbische Erde auf dem Amselfeld und anderswo die rechten Wähler bei der Stange zu halten scheint.

Eines aber ist diesen Sommer doch anders als in den Wahlkämpfen vergangener Jahre: Abzüglich aller nationalistischen Rhethorik erleben territoriale Teilungsszenarien eine Hochkonjunktur wie seit Beginn der Balkan-Kriege 1991 nicht mehr, und das nicht nur in Serbien. Das Spiel mit neuen Grenzziehungen, wie es seit der Sezession Sloweniens und Kroatiens in Südosteuropa populär geworden ist, scheint sich wieder zu lohnen - von Skopje bis nach Novi Sad.

Allein durch den Wahlmarathon jedoch, der am vergangenen Sonntag in Mazedonien begann, dieses Wochenende in Serbien fortgesetzt wird und im Oktober in Bosnien und im Kosovo ebenfalls neue Repräsentanten in die Parlamente und Ministerien bringen wird, lässt sich das nicht erklären. Eher beschwichtigend klingt da auch die Beteuerung des Chefs der Uno-Verwaltung im Kosovo (Unmik), Michael Steiner, wonach er "keine Anzeichen dafür" sehe, "dass wir hier Wahlkämpfe haben, die sich mit Fragen von Krieg und Frieden beschäftigen". Fast schon beschwörend fügt er hinzu: Es wird weder im Kosovo zur

Neuziehung von Grenzen kommen noch um den Kosovo herum."

Plausibler erscheint es, nicht die Wahlen, sondern den nach Ende des Kosovo-Krieges vom Uno-Sicherheitsrat in Resolution 1244 offen gelassenen Status der einst südserbischen Provinz für die gefährliche Forderung nach neuen Grenzen verantwortlich zu machen. Kosovo-Albaner, albanische Mazedonier, bosnische und Kosovo-Serben wollen alle auf ihre Weise vom weiterhin ungeklärten Status des Uno-Protektorats profitieren. So sind die Republiken des ehemaligen Jugoslawien zwei Jahre nach dem Sturz Milosevics weiter denn je von jener Stabilität entfernt, die sich Nato- und EU-Offizielle im Oktober 2000 erhofft hatten.

CIA für neue Grenzen?

Angesichts der offenen Zukunft des Kosovo kann es auch nicht verwundern, dass die Nationalisten in Belgrad ebenso wie in Pristina und in Tetovo so unverhohlen wie seit Jahren nicht mehr auf den Anschluss der Siedlungsgebiete ihrer jeweiligen Bevölkerungsgruppen an das vermeintliche Mutterland po-

chen. Der überragende Wahlerfolg der Partei des ehemaligen UCK-Führers Ali Ahmeti vom Wochenende, der bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages von Ohrid im August letzten Jahres auf den Zusammenschluss Westmazedoniens mit Albanien und dem Kosovo drängte, ist dafür nur ein Beispiel. Die Massenproteste aufgebracht Kosovo-Albaner gegen die Verhaftungen früherer UCK-Kommandeure in den letzten Monaten zeigen ebenfalls, dass die Sicherheitslage in der Region drei Jahre nach Einzug der Kfor-Truppen alles andere als stabil ist.

Angesichts anhaltender Übergriffe auf Angehörige der serbischen Minderheit hatte deshalb schon im Juli der stellvertretende serbische Ministerpräsident, Nebojsa Covic, für Aufregung unter Diplomaten in Pristina gesorgt, als er die Spaltung des Kosovo in zwei Kantone forderte. Für die Verwaltung des kosovo-albanischen Teils sollten, so sein Vorschlag, weiterhin die Vertreter der internationalen Gemeinschaft sowie Einheiten der UCK-Nachfolgeorganisation KPC (Kosovo Protection Corps) zuständig sein. In den serbischen Gebieten aber müssten der jugoslawischen Armee und serbischen Polizisten die exekutiven Vollmachten zurückgegeben werden. Der serbische Ministerpräsident Zoran Djindjic teilt dieses in Belgrad als liberal-nationalistisch gehandeltes Szenario. Kostunica und sein von Milosevic unterstützter faschistischer Konkurrent um die serbische Präsidentschaft, Vojislav Seselj, hängen jedoch nach wie vor der Maximalforderung einer Rückkehr des kompletten Kosovo nach Jugoslawien an.



(Fotos: Georg Knoll)

Auch wenn Unmik-Chef Steiner den nationalistischen Belgrader Bestrebungen eine klare Absage erteilte, können Kostunica und die anderen südosteuropäischen Sezessionisten auf unerwartete Unterstützung zählen. So wartete im Sommer Steven Myers, ehemals stellvertretender Chef der CIA-Operationseinheit für den Balkan, mit einem überraschenden Vorschlag auf. "Wenn Sie mich nach meiner Meinung fragen, so sage ich Ihnen, dass ich eine Neuziehung der bosnischen Grenzen voll unterstütze." Einem geheimen CIA-Plan zufolge

soll der östliche Teil der Republika Srpka Jugoslawien zugeschlagen werden, der westliche Kroatien, während das Kosovo "Schritt für Schritt" in die Unabhängigkeit überführt werden müsse. Der Grund für die Kehrtwende in Washington, so Myers: Da das einzige Interesse der USA dem weltweiten Kampf gegen islamistische Terroristen gelte, würden sie ihre Truppen ohnehin bald vom Balkan abziehen.

Markus Bickel

senz reduziert. Ist der Zeitpunkt für die Verringerung der Truppen nicht verfrüht?

Die Aufgabe von Kfor hat sich grundlegend gewandelt. Als die Truppen im Sommer 1999 in den Kosovo einzogen, regierte in Belgrad noch Milosevic, das heißt, eine Bedrohung von außen konnte nicht ausgeschlossen werden. Das ist heute anders: Die Aufgaben hier verlagern sich zunehmend vom militärischen auf den zivilen und polizeilichen Sektor, auch die militärische Begleitung von Konvois und der Schutz serbischer Institutionen wird behutsam Schritt für Schritt zurück gefahren. Da die Kfor dabei flexibel und dynamisch vorgeht, kann ich keine Gefahr für das Sicherheitsklima erkennen.

Wer soll das Sicherheitsvakuum ausfüllen, das durch den Abzug der Kfor entsteht?

Nach wie vor sind hier mehr als 5000 internationale Polizisten stationiert, die eine enorm wichtige Rolle bei der Bewahrung von Schutz und Sicherheit spielen. Der entscheidende Punkt der inneren Sicherheit aber wird sein, diese polizeilichen Aufgaben mittelfristig zu kosovarisieren. Deshalb sind neben den internationalen heute bereits

5.000 einheimische Polizisten im Einsatz, und jedes Jahr kommen weitere 1.200 hinzu, die an der Polizeischule der OSZE ausgebildet werden.

Führende Mitglieder des Kosovo Protection Corps (KPC), die früher an der Spitze der Kosovo-Befreiungsarmee UCK standen, würden diese Aufgaben lieber in den Händen ihrer In-

stitution sehen. Auch eine militärische Rolle wird angestrebt.

"Der 11. September hat eine neue Lage gebracht"

Die KPC wurde geschaffen, um beim Katastrophenschutz zu helfen, das ist auch der

Standpunkt der Sicherheitsrates. Im übrigen sehe ich keine Entwicklungen, weshalb der KPC militärische Aufgaben übertragen werden sollten.

Das heißt, zwischen Ihnen und den KPC-Kadern, die sich als Vorreiter einer künftigen Nationalgarde eines unabhängigen Kosovo sehen, gibt es einen Dissens.



Michael Steiner, Chef der UN-Mission im Kosovo.

Das mag so sein.

Unmik und Kfor haben in den vergangenen Wochen damit begonnen, ehemalige UCK-Kämpfer zu verhaften, darunter auch KPC-Kader. Unter den Verhafteten befanden sich darüber hinaus Separatisten, die in Mazedonien an Anschlügen beteiligt gewesen sein sollen. Ist die großalbanische Option wirklich ausgeschlossen?

Dass es einzelne gibt, die sich an dieser Internationale der terroristischen Aktionen beteiligen, das mag so sein - deshalb wird es auch zu weiteren Verhaftungen kommen. Allerdings gibt es im Kosovo keine politisch relevante Kraft, die in irgendeiner Form hinter den Anschlügen in Mazedonien steht oder die gar eine Strategie des Anschlusses verfolgt. Ich würde dies nicht als ein grenzübergreifendes Phänomen betrachten.

Waffenfunde an der Grenze zu Mazedonien im August weisen aber darauf hin, dass es im Kosovo weiterhin Kräfte gibt, die den Terrorismus exportieren könnten.

Dass es nicht nur im Kosovo, sondern auf dem ganzen Balkan eine Menge Waffen gibt, ist ebenso unbestritten

wie die Tatsache, dass Sie diese bergige Grenzregion nie komplett kontrollieren können. Aber der entscheidende Punkt ist doch, dass wir hier keine politische Strategie festmachen können, und sei es nur bei einer Minderheit, die auf eine Destabilisierung in den Nachbarstaaten hin arbeitet. Dass es auf dem ganzen Balkan immer noch extremistische Kräfte gibt, ist nicht zu bestreiten. Deshalb ist ja auch die regionale polizeiliche Zusammenarbeit so wichtig.

In Mazedonien wurde bereits Mitte September gewählt, in Serbien Ende des Monats und im Kosovo im Oktober. Rechnen Sie angesichts der jüngsten Entwicklungen mit einer Stärkung der militanten, der extremistischen Kräfte?

Wahlzeiten sind nie Zeiten, die die politische Lage beruhigen. Ich sehe aber auch keine Anzeichen dafür, dass wir hier Wahlkämpfe haben, die sich mit Fragen von Krieg und Frieden beschäftigen. Im Kosovo ist wichtig, dass sich möglichst viele an der Wahl beteiligen.

Interview: Markus Bickel